SENIORENVERBAND BRH RHEINLAND-PFALZ

Kreisverband Trier-Saarburg

Mitgliederinformation 5-2015 Oktober/November

Kommunale Seniorenpolitik - eine Herausforderung

Angeregt wurde ich zu diesem Kommentar durch einen Bericht des „Trierischen Volksfreund“, der über den Start des Trierer Seniorenbeirats berichtete. Dieses Gremium soll künftig gezielt die Interessen der Trierer Bürger ab 60 Jahren wahren. Der Stadtrat hat im September 2015 mehrheitlich beschlossen, ein solches Gremium mit beratender Funktion einzurichten. Bei der Stadtratsdebatte ging es mehr um die formalen Voraussetzungen, wie Zusammensetzung des Gremiums, Zusammenarbeit mit dem bereits bestehenden Seniorenrat. Die unterschiedlichen Auffassungen der im Stadtrat vertretenen Parteien sind nachzuvollziehen, so z. B. das Argument, dass der Seniorenbeirat von den über 60jährigen gewählt werden sollte und damit eine demokratische Legimitation erhalten sollte.

Nach Auffassung einer Grünen Stadtratsabgeordneten ist der Seniorenbeirat unnötig. Sie argumentierte, dass es beim Migrationsbeirat und Behindertenbeirat um strukturelle Missstände geht, und beim Jugendparlament sollen die jungen Menschen an die Politik herangeführt werden. Menschen über 60 sind in den Parteien und Ortsbeiräten genügend vertreten.

Das für den Seniorenbeirat bereitgestellte Geld, im Kostenanschlag 22.800 €, sollte man sinnvoller verwenden. Hier wurde wieder einmal nicht nur meine persönliche Auffassung bestätigt, dass die Grünen nicht die Freunde und Fürsprecher der älteren Generation sind. Im Klartext gesprochen, aus den verschiedenen Äußerungen von Grünen Mandatsträgern sind die „Alten“ offensichtlich lästig, taugen zu nichts mehr und kosten auch noch Geld. Diese Äußerungen sollten wir uns ganz genau merken und auch bei den nächsten Landtagswahlen beherzigen. Diese Zeilen sind aus der aktuellen Situation in der Stadt Trier und dem Beschluss des Trierer Stadtrates entstanden.

Nach Auffassung der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenverbände), in der über 100 Organisationen vertreten sind, steht die kommunale Seniorenpolitik vor großen Herausforderungen, auch wenn das im Moment durch die alles beherrschende Flüchtlingsdebatte überschattet wird. Die Kommunen sind nicht nur der Ort, an dem die Folgen des demografischen Wandels für die Menschen täglich spürbar wird, sie sind auch der Ort, an dem neue Wege erprobt und gegangen werden müssen.

Die Kommunen verfügen über die notwendigen Strukturen, kennen die Menschen und die örtlichen Lebensverhältnisse. Die Ortsbezogenheit gebietet es, den Kommunen die Federführung bei der Planung einer sozialraumorientierten Altenarbeit zu übertragen.

Die Altenhilfe und insbesondere auch die gemeinwesensorientierte Altenarbeit -Prävention und Gesundheitsförderung, kulturelle und soziale Angebote, Förderung der bürgerschaftlichen Engagements - gehören zu den sogenannten freiwilligen Aufgaben der Kommunen. Bei der Erfüllung dieser freiwilligen Aufgaben ist jedoch immer die Finanzierung dieser Aufgaben zu berücksichtigen. Für eine geschätzte Zahl der Einwohner der Stadt Trier über 60 Jahren ist der Betrag von 22 800 € mit Sicherheit nicht überzogen.

Auf der anderen Seite würde eine Privatisierung solcher Aufgaben einen Verlust von Einflussmöglichkeiten der Kommunen und eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung bedeuten. In diesem Zusammenhang wird seit einigen Jahren auch diskutiert, die Altenhilfe zu einer kommunalen Pflichtaufgabe zu machen und ein kommunales Basisbudget für die gemeinwesensorientierte Seniorenarbeit zu schaffen.

Dazu muss man auch feststellen, dass Seniorenpolitik mehr ist als Pflegepolitik. Es ist zwar richtig, dass das Thema Pflegebedürftigkeit infolge der weiter steigenden Zahl sehr alter Menschen zu einer bedeutsamen Herausforderung wird. Zu den Themenfeldern einer umfassenden Seniorenpolitik gehören, um nur wenige Themen zu nennen: Arbeit und Beschäftigung, Prävention und Gesundheitsförderung, Freizeit, Bildung, Kultur und Mobilität, soziale Netze und Migration.

Die Seniorenpolitik muss als Teil der Sozialpolitik die Bedürfnisse aller Altersgruppen im Blick haben, denn ohne die Berücksichtigung der Auswirkungen auf die folgenden Generationen und das Generationenverhältnis läuft die Seniorenpolitik in Gefahr, eine reine Klientel-Politik zu werden. Diese soziale Aufgabe ist nur gesamtgesellschaftlich und generationenübergreifend zu regeln. Daraus entsteht für die Kommunen die besondere Herausforderung, gerade auch jüngere Menschen für das Vorhaben zu gewinnen.

Angesichts der Unterschiedlichkeit der Kommunen gibt es keine allgemeingültigen Lösungen für diese Aufgaben. Die Umsetzung eines Konzeptes kommunaler Sozialplanungen ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie erfordert eine aktive, bürgerorientierte Verwaltung. Diese sollte das freiwillige Engagement eines Seniorenrates nicht als Störfaktor ansehen, sondern partnerschaftlich mit den Akteuren der Bürgerschaft zusammenarbeiten. Dabei geht es nicht nur um die Zusammenarbeit mit Verbänden und Einrichtungen, Kirchengemeinschaften und Initiativen, sondern um die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Denn entscheidend für den Erfolg der Seniorenarbeit und des Seniorenbeirates sind engagierte Menschen, ihre Kompetenz und ihr Durchsetzungsvermögen. Ohne ihre Arbeit helfen auch die besten strukturellen Vorgaben nichts. Wichtig am Beschluss des

Trierer Stadtrates ist, dass er das Thema Seniorenarbeit als kommunale Aufgabe endlich auf den Weg gebracht hat und nicht nur einem privaten Verein überlässt.

Mit kollegialen Grüßen

Hugo Wust
Vorsitzender